

# Eröffnung der 8. Sächsischen Landwirtschaftlichen Woche.

**Dresden.** Am Montag morgen fand im Vereinshaus die offizielle Eröffnung der 8. Sächsischen Landwirtschaftlichen Woche durch den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer Vogelgang, statt.

## In seiner Eröffnungsansprache erklärte Rittergutsbesitzer Vogelgang

einleitend, daß niemals der Charakter einer ernstlichen Warnung und Mahnung an die Öffentlichkeit und an alle Stellen des Reiches und der Staatsregierung so sehr im Vordergrund gestanden habe, wie bei der diesjährigen Landwirtschaftlichen Woche. Die Lage der Landwirtschaft und damit die der breitesten Bevölkerung sei so ernst zu beurteilen, wie es überhaupt nur möglich sei.

Der Redner erklärte sodann die Landwirtschaftliche Woche für eröffnet und begrüßte die zahlreichen Teilnehmer und Gäste, besonders die Vertreter der Staatsregierung, der Reichs- und Staatsbehörden, der beskreunden Verbände usw.

In seinen weiteren Ausführungen ging der Redner im einzelnen auf die Notlage der Landwirtschaft ein, die besonders unter der Unwetterkatastrophe des letzten Sommers schwer zu leiden gehabt habe. Keine der landwirtschaftlichen Krisen in den früheren Jahren habe auch nur annähernd einen so katastrophalen Verlauf wie die gegenwärtige genommen. Das Unglück und die Not der Landwirtschaft seien in erster Linie auf das Versaillen Diktat und den Dawesplan zurückzuführen, und es sei erfreulich, daß eine Aenderung des Dawesplanes immer nachdrücklicher gefördert werde.

Der Redner kam auch auf die Gründung des Bundes zur Erneuerung des Reiches zu sprechen, wobei er, obwohl er die Neugründung an sich begrüßte, die Frage aufwarf, ob angesichts der drückenden Not des Volkes und besonders der Landwirtschaft der Zeitpunkt schon gekommen sei, um die so wichtige Frage der Neugliederung des Reiches schon jetzt in Angriff zu nehmen. Bejahe man diese Frage, dann müsse man sich auch dem vom Ministerpräsidenten Feldt auf der Vänderkonferenz gekennzeichneten Standpunkt anschließen und Sachien eine seiner historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Eigenart entsprechende Bedeutung zuerkennen.

In fordern sei unbedingt, daß die Reichsregierung Mittel und Wege findet, die Daweszahungen auf eine tragbare Höhe herabzumindern. Alle Hoffnungen, die man in den Dawesplan gesetzt habe, seien unerfüllt geblieben, die Arbeitslosenziffer sei enorm gestiegen und die Landwirtschaft stehe nahe vor dem Zusammenbruch.

Krafter Materialismus, so erklärte der Redner auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung eingehend, umnebele jedes vernünftige wirtschaftliche Denken, unheilvoller internationaler Wirtschaftswahn ersticke jeden vernünftigen nationalwirtschaftlichen Gedanken schon im Keim. Alle Berufsstände, in erster Linie Landwirtschaft und Industrie, müßten auf der gemeinsamen Plattform einer nationalen Wirtschaft vereinigt werden. Die Entwicklung verlange kategorisch eine Abänderung des Zoll- und handelspolitischen Systems. Die Regierung dürfe nichts unterlassen, um der unnötigen Einfuhr ausländischer Erzeugnisse entgegenzuwirken und andererseits die Ernährung unseres Volkes aus eigener Scholle sicherzustellen.

In steuerlicher Beziehung müsse gefordert werden: Uebernahme der Rentenbankschuldsinsen durch

das Reich und Erlass — nicht Stundung — sämtlicher Steuern, die nicht durch Einkommen, sondern durch Substanz aufzubringen sind. Die soziale Fürsorge müsse mit der Notlage des gesamten Volkes in Einklang stehen. Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Verschuldung dürfe kein Mittel unversucht bleiben, die Personalkredite in langfristige Realkredite mit tragbarem Zinssatz umzuwandeln. Rationalisierungsmaßnahmen seien in der Landwirtschaft wegen der Gefahr vermehrter Verschuldung schwer durchführbar, und es gelte solche herauszufinden, die mit wenig oder keinen Aufwendungen durchzuführen seien. Wenn wir, so schloß Gutsbesitzer Vogelgang, in dieser schweren Zeit als treue deutsche Bauern unsere Pflicht erfüllen, dann haben wir auch das Recht, von der Regierung den Schutz für unsere Produktion zu verlangen, der uns ein Minimum von Existenzmöglichkeit gewährleistet.

Im Namen der sächsischen Regierung sprach dann Wirtschaftsminister Dr. Krug v. Nidda.

Der Minister erklärte, die Not der Landwirtschaft sei schwer, ebenso schwierig sei es aber, dieser Not abzuhelfen. Der Redner ging sodann näher auf die volkswirtschaftlichen Gründe der schwierigen Lage der Landwirtschaft ein. Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt sei die Verminderung der Kosten zu fordern und vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt die Herabsetzung der Produktionskosten. Diese Umgestaltung müsse die Landwirtschaft aus eigener Kraft vornehmen. So ernst die Lage auch sei, so sei sie doch nicht hoffnungslos. Zur Erzielung einer Verbesserung der Produktionskosten stelle die Regierung ihre Einrichtung zur Verfügung. Der Minister betonte die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens und des gegenseitigen Vertrauens.

Nach den Ausführungen des Wirtschaftsministers ergriff Geh. Legationsrat

## Universitätsprofessor Dr. Wiedensfeld-Leipzig

das Wort zu seinem Vortrag: „Der Unternehmungs- ausbau in Landwirtschaft und Industrie“. Professor Wiedensfeld ging von der vielfach bestehenden Auffassung aus, daß Landwirtschaft und Industrie zwei in sich geschlossene Komplexe seien und behandelte dann eingehend den Ausbau zunächst der Industrie und dann der Landwirtschaft, sowie die unterschiedlichen Voraussetzungen für die beiden wichtigsten Zweige der deutschen Volkswirtschaft. Wenn auch die Landwirtschaft kein geschlossenes Ganzes sei und mannigfache Verbindlichkeiten durch Produktionsrichtungen, Größe, Umfang usw. beständen, so sei doch der Zusammenhang in der Landwirtschaft größer als in der Industrie, die in sehr viele und in ihren Hauptinteressen auseinandergehende Zweige zerfalle. Starke Unterschiede beständen zwischen Industrie und Landwirtschaft sowohl in der Kapitalfrage, als auch hinsichtlich der Arbeitskräfte, der Produktionsbedingungen u. a. m. Während in der Industrie die Entwicklung zu einer immer stärkeren Verknüpfung und zu immer größerer Kapitalzusammenfassung führe, gebe es in der Landwirtschaft nur ganz vereinzelte Aktiengesellschaften. Das liege daran, daß für den Geldgeber, die Banken, in der Landwirtschaft nicht die Möglichkeit der Kontrolle der Betriebsunterlagen und Ausichten gegeben sei, wie das in der Industrie durch die technische Wissenschaft möglich sei. Daher werde von den Banken Zurückhaltung und Vorsicht gegenüber der Landwirtschaft geübt. Die individuelle Bewirtschaftung, die in der Landwirtschaft nötig sei, mache auch

eine individuelle Beurteilung der landwirtschaftlichen Unternehmungen, auch der größten, notwendig, wobei außerordentliche Schwierigkeiten sich ergäben und wozu auch die landwirtschaftliche Wissenschaft noch nicht ausreiche. Auch hinsichtlich der Arbeitskräfte ergäben sich große Unterschiede. Im Gegensatz zur Industrie spiele die individuelle Arbeitsleistung in der Landwirtschaft eine maßgebende, oft sogar ausschlaggebende Rolle, wobei erschwerend noch die Schwierigkeiten der Arbeitskontrolle durch die Flächenhaftigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmungen wirkten. Außerdem müsse sich in der Landwirtschaft die Produktion lediglich nach der Größe, die ja gegeben sei, richten. Die Landwirtschaft sei immer an die natürlichen Voraussetzungen gebunden.

Der Vortragende ging dann noch auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Unternehmungsarten ein und stellte eine Zunahme der bäuerlichen Betriebe und eine Abnahme der Großbetriebe fest. Die Frage, ob die Kleinbetriebe oder die Großbetriebe zu vermehren seien, hänge von den örtlichen Verhältnissen ab, ebenso die Frage der sogenannten inneren Kolonisation. Im allgemeinen werde der kleinere Betrieb vor den größeren zu stellen sein. Wenn schon in der Industrie die Einzelpersonlichkeit Geltung habe, so sei das erst recht bei der Landwirtschaft der Fall.

Im Anschluß an die Eröffnung der Landwirtschaftlichen Woche eröffnete Rittergutsbesitzer Vogelgang als erste der zahlreichen Sonderausstellungen die

## Ausstellung des Landesjaatbauvereins für Sachsen.

Die Ausstellung bringt die verschiedensten Zuchtformen von Getreide, Kartoffeln, Futterrüben, Klee- und Grassaaten. Auch die Staatliche Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Dresden ist mit umfassenden Darstellungen vertreten. Die Hauptstelle für Pflanzenschutz bringt in einer Sonderausstellung die wichtigsten Pflanzenkrankheiten. Die Mittel zur Bekämpfung der Schädlinge sind vom Landesjaatbauverein zusammengestellt. Eine Braugersten-Ausstellung weist den Landwirt auf die Notwendigkeit hin, auch der Qualität seiner Erzeugung Beachtung zu schenken. Die Arbeitsgemeinschaft für Grünlandwirtschaft bringt neben den für Wiesen-, Weiden- und Feldfutterbau notwendigen Maßnahmen insbesondere Darstellungen ihrer Arbeit zur Förderung der Landwirtschaft in den höheren Gebirgslagen. Die Versuchsringe zeigen ihre Organisation und Arbeitsweise durch eine gemeinsame Ausstellung des Verbandes der Versuchsringe im Freistaat Sachsen und der Arbeitsgemeinschaft der Versuchsringe Niedersachsens.

Am Nachmittag hielt der Landesverband Sächsischer Herdbuchgesellschaften seine öffentliche Hauptversammlung ab, wobei Landwirtschaftsrat Uhlmann einen Vortrag mit Lichtbildern über den Stand der Zucht des schwarz-weißen Tieflandriesen im Landesverband Sächsischer Herdbuchgesellschaften hielt.

Ferner fanden eine öffentliche Vortragssammlung des Landesverbandes Sachsen für Obst- und Weinbau, und die Mitgliederversammlung des Sächsischen Fischereivereins mit anschließender Vortragsveranstaltung statt.

In einer Versammlung der Jagdkammer für Forstwirtschaft sprachen Professor Dr. Raab-Charandt über die Auswirkung von Versailles auf die deutsche Forstwirtschaft und Prof. Dr. Hill-Eberswalde über „Neue Ergebnisse auf dem Gebiet der forstlichen Arbeitslehre.“

## Eine Rundgebung des Mittelstandes.

**Dresden.** Am Sonntag fand hier die Hauptversammlung der Ortsgruppe Dresden der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes statt. Nach der Erledigung des geschäftlichen Teils hielt Reichstagsabgeordneter Wollath einen Vortrag über die Frage: „Soll Deutschlands Mittelstand endgültig vernichtet werden?“

Er beantwortete sie dahin: Der Mittelstand dürfe nicht antergehen, wenn Deutschland leben wolle. Was die Stürme der Novemberrevolution nicht hinweg gebracht hätten und was auch durch die Inflation nicht vollständig gelungen sei, das vollziehe sich jetzt langsam, aber sicher: der Untergang des Mittelstandes. Ein Gesetz nach dem andere werde vom Reichstag verabschiedet, durch das die wirtschaftliche Basis der kleinen Selbständigen untergraben werde. Die Gesetzesmacher führten auch zu einer Aufblähung des Verwaltungsapparates, 72 bis 84 Prozent des Gewinnes, den die Einkünfte zur Einkommensteuer beim gewerblichen Mittelstand ausmachen, würden durch die gewerblichen und die Grundsteuer weggezogen. Weiter werde durch die Organisations der Beamtenschaft die unzureichende Existenzbasis des Mittelstandes durch die Selbstversorgungsmaßnahmen stark vermindert. Der Mittelstand fordere das allgemeine Wahlrecht zur Einkommensteuer. Alle Kreise der Bevölkerung müßten es an ihrem eigenen Beutel merken, was die von ihnen gestellten Ansprüche kosten. Erst dann sei auf eine unanschauliche Nachprüfung der Ausgaben zu rechnen. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß die ganze Last der Ausgaben auf den gewerblichen Mittelstand und Grund- und Hausbesitz gelegt werde. Der Redner wies u. a. auf die Ausbeutung der Ministerien hin. Früher habe es ein Reichsministerium mit 196 Beamten gegeben, heute hätten wir an seiner Stelle ein Arbeits-, Ernährungs- und Wirtschaftsministerium mit 8500 Beamten. Wenn es so weitergehe wie bisher, dann werde der Arbeitsminister zum Lotengraber der deutschen Wirtschaft werden. Diese Ausführungen des Redners fanden die lebhafteste Zustimmung der Versammlung. Abg. Wollath berührte dann die Frage des Einheitsstaates, der jetzt auf einmal und aus allem Glend heraus helfen solle. Ein Einheitsstaat aber, unter der Führung der preußischen Sozialdemokratie komme für den Mittelstand nicht in Frage. Dieser wolle ein Groß-

deutschland aber kein Großpreußen. Unter allen Böden der Volkswirtschaft sei der Doktrinarismus der Sozialdemokratie der grausamste. Zum Schluß forderte der Redner eine allmähliche Abkehr von der Wohnungswirtschaft. Heute stelle der Hausbesitz nur noch dem Namen nach Eigentum dar, in Wahrheit sei er sozialisiert. Die Mittelständler müßten sich ihrer Macht bewusst werden, damit würden sie sich selbst am besten helfen.

## Wirtschaftspartei und Schulgesetz.

**Berlin.** (Telunion.) Ueber die Stellung der Wirtschaftspartei zum Reichsschulgesetz teilt deren Pressestelle folgendes mit:

Für die Wirtschaftspartei bilden die parteipolitischen oder überhaupt politischen Gesichtspunkte bei diesem Gesetz nicht die geringste Rolle. Die Kreise des Mittelstandes betrachten die ganze Frage in erster Linie von ethischen Gesichtspunkten aus. Für sie ist ausschlaggebend die Erhaltung der christlichen Schule und das Recht der Eltern zur Bestimmung der Erziehungsart ihrer Kinder. Sachlich bedarf es in dieser Hinsicht des Reichsschulgesetzes mit der ethischen Auffassung weiler Mittelstandskreise. Die Frage der Kosten, die bei der gegenwärtigen Debatte eine große Rolle spielt, wird natürlich auch für die Wirtschaftspartei Gegenstand einer Prüfung sein; doch hängt hier die Stellungnahme noch von den Erklärungen ab, die die Reichsregierung für die zweite Lesung des Entwurfes in Aussicht gestellt hat. Die mittelständlichen Kreise haben auf dem Standpunkt, daß trotz der berechtigten Forderungen auf Sparsamkeit hier die Verwendung von staatlichen Mitteln angebracht sein würde, wobei selbstverständlich die Kosten sich in erheblichen Grenzen halten müßten. Die Frage der Verteilung der Kosten wird einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Wenn die Länder allein nicht in der Lage sind, die Mittel aufzubringen, so wird das Reich in irgendeiner Form beizutragen müssen. Sehr unklar ist die Frage der sogenannten geistlichen Schulaufsicht. Nach den ausdrücklichen Erklärungen und auch nach dem Sinn und Wortlaut des Gesetzes handelt es sich nicht um eine Kontrolle oder direkte Einwirkung der konfessionellen Instanzen auf die Schule, sondern lediglich darum, daß die konfessionellen Instanzen die Möglichkeit einer Prüfung

haben, ob der Religionsunterricht in Einklang mit der Richtlinien der betreffenden Konfessionen steht. Jegliche weltliche Nachteile und Schikanen für die Lehrer oder gar eine Unterordnung der Lehrer unter die Geistlichkeit ist nicht zu befürchten, und daher betrachtet die Wirtschaftspartei auch diese Frage zunächst als gelöst.

## Ein Änderungsantrag der DDP zum § 20 des Reichsschulgesetzes.

**Berlin.** Wie die Tägliche Rundschau mittelt, wird Abg. Dr. Kuntze als der Vertreter der DDP den Änderungsantrag zum § 20 am heutigen Dienstag im Bildungsausschuß des Reichstages einbringen. In gewissem Sinne werde die Entscheidung über das Schulgesetz nicht erst in der zweiten Lesung, sondern schon jetzt fallen, da die DDP von ihrer bisherigen Stellung zum § 20 auf in Zukunft nicht abzuweichen werde.

## Die Rheinlandbesetzung ein Hindernis für die deutsch-französische Annäherungspolitik.

**Paris.** Im Saal greift heute Robert Lagardie in die Debatte über das Rheinlandproblem ein. Er bezeichnet die Rheinlandbesetzung als ein Hindernis für die deutsch-französische Annäherungspolitik. Man könne darum auch die in Deutschland durch die Erklärung Paul Boncour auf dem Sozialistenkongress und durch sein jüngstes Interview in einem Pariser Mittagsblatt hervorgerufene Bewegung verstehen. Paul Boncour habe niemals daran gedacht, Invektivenmaßnahmen allein auf Deutschland zu beschränken. Er verlange vielmehr, daß alle Völker den Weg der Abrückung beschreiten und die Sicherheit durch eine sich auf alle Nationen erstreckende Kontrolle garantiert werde. Deutschland, das entwaffnet sei und loyal seine Verpflichtungen erfülle, habe keinen Grund, dieser Forderung nicht zuzustimmen. Es wäre auf jeden Fall ungerecht, Paul Boncour zu einem Gegner der Rheinlandräumung zu machen. Vielleicht als erster französischer Politiker habe er die Abberufung der französischen Truppen aus dem besetzten Gebiet gefordert.